



Zusammenfassung des Maßnahmenworkshops zur Einstiegsberatung der Gemeinde Reimlingen am 23. Juli 2025

1. Überblick über die Veranstaltung

Anwesende	Mitglieder des Gemeinderates, fachkundige Bürgerinnen und Bürger
Begrüßung	Herr Bürgermeister Jürgen Leberle
Einführung und Moderation	Dr. Jörg Scholtes, Netze BW GmbH; Kommunale Energielösungen
Ort	Kulturetage Schloss Reimlingen
Uhrzeit	19:00 Uhr bis 21:30 Uhr
Rückkopplungsmöglichkeiten	J.Scholtes@netze-bw.de



Inhaltliche Gliederung

- Einführung Treibhausgasbilanz und Klimaschutzziele
- Vorschlag zur Gliederung der Maßnahmen
- Inhaltliche Vorstellung eines Maßnahmenblatts an einem Beispiel
- Vorstellung und Diskussion der bereits eruierten Maßnahmenvorschläge
- Ergänzung um weitere Maßnahmen

2. Einführung

Im Rahmen einer kurzen Einführung wurde die Treibhausgasbilanz vorgestellt und im Hinblick auf das angestrebte Ziel der Klimaneutralität aufgezeigt, welche Schritte zu gehen sind.

Dem Vorschlag, die Maßnahmen in die drei Handlungsfelder:

1. **Rahmenbedingungen**
Entwicklungsplanung, Raumordnung
2. **Verwaltung**
Liegenschaften, Beschaffungen, direkte Verantwortlichkeiten
3. **Unterstützung durch die Kommune**
Bewusstseinsbildung, Beratung, Initiativen

zu unterteilen wurde zugestimmt.

Anhand eines Beispiels wurde aufgezeigt, wie ein vollständiges Maßnahmenblatt aussehen wird und welche Inhalte dort angeführt werden

3. Maßnahmendiskussion

Die bis zu diesem Zeitpunkt entwickelten Maßnahmenvorschläge wurden nach Handlungsfeldern unterteilt vorgestellt. Präsentiert wurden dabei jeweils die Maßnahmenüberschrift sowie Anmerkungen und Fragen zu jeder einzelnen Maßnahme. Die konkrete Ausprägung sowie der erwartete Zielbeitrag wurden mündlich skizziert und bei Bedarf auch ausführlicher ausgeführt.

Im Folgenden werden die vorgestellten Maßnahmenvorschläge eines Handlungsfelds gelistet. Abschließend erfolgt jeweils eine inhaltliche Zusammenfassung der geführten Diskussion.

1. Rahmenbedingungen
 - 1.1. Kommunale Wärmeplanung
Maßnahme wahrscheinlich nur in Kombination mit weiteren Kommunen z.B. auf Ebene der Verwaltungsgemeinschaft realisierbar; ein flächendeckendes Wärmenetz ist aufgrund der räumlichen Struktur eher nicht sinnvoll.
 - 1.2. Nahwärmeinsel „Schlossberg“
Das Schloss und die rundumliegenden Gebäude sollen über ein lokales Nahwärmenetz versorgt werden. Hierzu wird eine Machbarkeitsstudie inklusive Kostenschätzung durchgeführt.
 - 1.3. Freiflächen-PV als Bürgersolaranlage
Aktuell sind die ausgewiesenen Flächen durch private Investoren genutzt und die Anschlusskapazitäten des Netzes ausgeschöpft. Weitere Entwicklung möglich?



1.4. Etablierung einer Klimaschutzgruppe, eines Klimaschutzbeirates

Bei den vorhandenen Ressourcen wird sich ein verstärkter Klimaschutz nicht umsetzen lassen.

Es ist wichtig festzuhalten, dass es sich um ein aktiv handelndes Gremium handeln soll, das Projekte definiert, initiiert und umsetzt.

Breiten Raum in der Diskussion nahm das Thema „Nahwärmeinsel Schlossberg“ ein. Da die großen Gebäude, insbesondere das Schloss mit Rathaus und Kulturetage unter Denkmalschutz stehen, steht zum Erreichen der Klimaneutralität ein Wechsel des Brennstoffs oder der Technologie zur Beheizung im Vordergrund. Es wurden von Seiten der Teilnehmenden bereits mögliche technische Lösungsoptionen zusammengestellt und im Verlauf der Diskussion vorgestellt. Im Fokus stand dabei die Nutzung des im Ort erzeugten Biogases entweder als Energieträger für eine Nahwärmeversorgung oder in der Direktverbrennung in konventionellen Heizanlagen in den einzelnen Liegenschaften. Von anderen Teilnehmern wurde angemahnt, dass neben diesem eher auf der Hand liegenden Vorgehen auch innovativere Lösungsmöglichkeiten berücksichtigt werden sollten. Auch die Finanzierbarkeit der notwendigen Investition sowie das Thema „Betreibermodelle“ wurden angesprochen. Es bestand Konsens darin, dass die Optionen im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft werden sollen und dass diese Studie derart gestaltet werden soll, dass darauf aufbauend entsprechende Ratsbeschlüsse möglich sind.

Die Maßnahme 1.3 „Bürgersolaranlage“ wurde zwar nicht abgelehnt, es wurde aber schnell klar, dass vor dem bestehenden Hintergrund in der Kommune eine Umsetzung in Projektform derzeit sehr schwierig ist. Stichworte sind hier fehlende Flächen und eine weitgehende Ausschöpfung der Netzkapazitäten. Aus diesem Grund wurde der Maßnahmenvorschlag gestrichen.

Dass eine Initiierung und Umsetzung von zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen durch die Verwaltung nur möglich ist, wenn entsprechende Verantwortlichkeiten bestehen und Zeitkontingente verfügbar sind, wurde bereits im Rahmen der bisher geführten Diskussionen sehr deutlich. Dass hierzu keine zusätzlichen Stellen in der Verwaltung geschaffen werden können ebenfalls. Vor diesem Hintergrund wurde die Maßnahmen zur Gründung einer Klimaschutzgruppe, welche diese Aufgaben übernehmen und die Verwaltung diesbezüglich unterstützen soll, allgemein begrüßt. Erste Interessensbekundungen wurden in der Veranstaltung geäußert und die Realisierung einer Gründungsversammlung vereinbart.

2. Verwaltung

2.1. Sanierungsfahrpläne für öffentliche Gebäude

Die Schule wurde bereits saniert. Für das Schloss und die angrenzenden Gebäude ist zu klären, welche Auflagen durch den Denkmalschutz bestehen. Für das Haus der Vereine könnte ein Sanierungsfahrplan eine Grundlage für die weiteren Entscheidungen liefern. Sanierungsfahrpläne werden von der BAFA mit 50% bezuschusst.

2.2. Systematisches Energiecontrolling / Energiemanagement bei eigenen Liegenschaften und Anlagen

Es hat sich im Verlauf des Projektes gezeigt, dass es sehr schwierig ist, belastbare Daten zusammenzutragen.

2.3. Umrüstung und Optimierung der Straßenbeleuchtung

10 bis 20 Leuchten je Jahr (zurzeit ca. 50% umgerüstet); Nachtabschaltung 1:00 bis 4:00 / 5:00 Uhr Kennwert??

Die zur Diskussion gestellten Maßnahmen wurden in dieser Form akzeptiert, wobei darauf verwiesen wurde, dass bei den Sanierungskonzepten aktuell lediglich beim Feuerwehrhaus / Haus der Vereine Bedarf gesehen wird.

Ergänzt wurden die Maßnahmen:

2.4. Umstellung von Fahrzeugen und Arbeitsgeräten auf elektrische Antriebe

2.5. Nutzungskonzept für kommunale PV-Anlagen nach Auslauf der EEG-Förderung



Bei Fahrzeugen und Arbeitsgeräten soll bei jeder Beschaffung geprüft werden, ob es klimafreundliche Alternativen zum Standardantrieb gibt. Aufgrund des hohen Anteils an Sonderfahrzeugen wird ein Umstieg erst nach und nach möglich sein, da zunächst passende Lösungen marktreif werden müssen. Um die vorhandenen PV-Anlagen der Kommune nach dem Auslaufen der EEG-Förderung weiterhin sinnvoll nutzen zu können, werden frühzeitig Überlegungen zu optimierten Nutzungskonzepten angeregt.

3. Unterstützung durch die Kommune

- 3.1. Sanierungsberatung / Sensibilisierung der Einwohnerinnen und Einwohner
In Kooperation mit der Beratung des Landkreises (Stabsstelle für Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit), Termine vor Ort, Angebot auf ländliche Struktur zuschneiden
- 3.2. Ausbauintiative Solaranlagen / Solarverein
Basis Solarpotenzialkataster LKR Domau-Ries; z.B. auch über „solare Nachbarschaftshilfe“ BürgerSolarBeratung – Für alle (buergersolarberatung.de)
- 3.3. Unterstützung bei der Bildung von Fahrgemeinschaften (z. B. App)
Es gab andernorts bereits Projekte. Im ländlichen Bereich oft viele Fahrtangebote aber wenig Suche nach Mitfahrgelegenheiten.
- 3.4. Bewerbung zur Nutzung von DoRies
Im Frühjahr 2021 als Nö-Mobil in Betrieb genommen. Wegen des großen Erfolgs unter dem Namen DoRies-mobil auf den gesamten Landkreis ausgedehnt.
Sollte bekannt sein, wie Hemmschwellen abbauen und Nutzung bewerben?
- 3.5. Baumerhalt und Aufforstung
Wurde mehrfach genannt, auch Unterstützung über Gemeinde durch Bereitstellung von Bäumen zur privaten Pflanzung
- 3.6. Mikro- bzw. Anreizförderung
Die Gemeinde gibt (kleinere) Zuschüsse als Add-On z.B. zu einer Förderung durch die Bafa (kein eigener Förderkatalog, Kontrolle durch Bundes- oder Landesförderung). Möglich wäre auch die Übernahme von „Anlaufkosten“ z.B. Energieberatung.
- 3.7. Regionalen Einkauf / Einkaufsmöglichkeiten fördern
Eine Anregung aus der Auftaktveranstaltung, welche Einkaufsmöglichkeiten gibt es derzeit? Inwieweit können diese unterstützt werden (Räumlichkeiten, Bewerbung, Aktionstage)

Beim Maßnahmenvorschlag 3.1 wurde kritisiert, dass die Beratung zu umfassenden Sanierungsmaßnahmen in vielen Fällen am Bedarf vorbeigeht und daher nicht greift. Die Beratung sollte sich eher auf kleinere Maßnahmen und konkrete Einsparpotenziale beziehen. Die Formulierung der Maßnahme wurde entsprechend ausgerichtet und der Titel angepasst.

Der in der Diskussion gemachte Vorschlag, zur Sensibilisierung auch thermografische Aufnahmen einzusetzen, wurde begrüßt und in Form einer eigenen Maßnahme „Thermografieaktion“ in den Maßnahmenkatalog aufgenommen.

Bei der Diskussion um Maßnahmen zum Ausbau der Dach-Solar-Anlagen wurde Maßnahme 2.5 „Nachnutzung kommunaler PV-Anlagen nach dem Wegfall der EEG-Förderung“ aufgegriffen und angeregt auch Konzepte zu entwickeln, die für private Anlagenbetreiber interessant sind. Diese Anregung wurde als eigene Maßnahme aufgenommen. Die konkrete Ausgestaltung und Ausprägung der Maßnahmenumsetzung müssen noch entwickelt werden.

Breiten Raum nahm in diesem Handlungsfeld das Thema Mobilität ein. Es bestand Konsens darin, dass die Gemeinde kaum Handlungsoptionen im Rahmen konkreter Maßnahmen hat und eher eine Sensibilisierung gefragt ist. Vor diesem Hintergrund wurde Maßnahme 3.3 gestrichen und die Bewerbung des erfolgreichen Konzepts Do-Ries bzw. Nö-Mobils in den Vordergrund gestellt.



Da der Baumerhalt bei kommunalen Maßnahmen immer mitgedacht wird und im privaten Bereich keine umfassenden kommunalen Regulierungen gewünscht werden, wurde diese Maßnahme gestrichen. Gleiches gilt für Maßnahme 3.7, da die Bewerbung und Vermarktung regionaler Produkte als rein marktwirtschaftliches Handeln im Interesse des einzelnen Produzenten oder Händlers angesehen werden.

Gefordert wurde, dass auch Maßnahmen im Bildungsbereich in den Katalog aufgenommen werden. Auf dieser Basis ist die zusammenfassende Maßnahme „Energiesparprojekte im Bildungsbereich (Schulprojekte)“ entstanden, die unterschiedliche Maßnahmenbespiele und Handlungsoptionen anführt.

Zusätzlich aufgenommen wurde auch die Maßnahme „Biodiversität in privaten Gärten“. Im Fokus steht hier das Anbieten einer passenden Beratung. Entsprechendes Wissen ist diesbezüglich beim Landratsamt und im Gartenbauverein vorhanden. Beide Stellen sollen eingebunden werden.

4. Maßnahmenkatalog

Auf Basis der Diskussionen und Anregungen wurde der Maßnahmenkatalog sowohl hinsichtlich der Reihenfolge als auch der Maßnahmentitel angepasst. Bei der konkreten Ausgestaltung der Maßnahmenblätter fließen die Diskussionsbeiträge sowie der erzielte Konsens ein. Im Folgenden sind die Maßnahmentitel, des im Abschlussbericht darzustellenden Maßnahmenkatalogs angeführt:

1. Rahmenbedingungen
 - 1.1. Konzept für die Nahwärmeinsel Schlossberg
 - 1.2. Kommunale Wärmeplanung
 - 1.3. Etablierung einer Klimaschutzgruppe, eines Klimaschutzbeirates
2. Kommunale Liegenschaften und Anlagen
 - 2.1. Sanierungsfahrpläne für öffentliche Gebäude
 - 2.2. Systematisches Energiecontrolling / Energiemanagement bei eigenen Liegenschaften und Anlagen
 - 2.3. Umrüstung und Optimierung der Straßenbeleuchtung
 - 2.4. Umstellung von Fahrzeugen und Arbeitsgeräten auf elektrische Antriebe
 - 2.5. Nutzungskonzept für kommunale PV-Anlagen nach Auslauf der EEG-Förderung
3. Unterstützung durch die Kommune
 - 3.1. Energieberatung / Sensibilisierung der Einwohnerinnen und Einwohner
 - 3.2. Thermografieaktion
 - 3.3. Ausbauinitiative PV-Dach / Solarverein
 - 3.4. Nachnutzung von PV-Anlagen, bei denen die EEG-Förderung ausläuft
 - 3.5. Stärkung des ÖPNV / Bewerbung von DoRies
 - 3.6. Mikro- bzw. Anreizförderung
 - 3.7. Energiesparprojekte im Bildungsbereich (Schulprojekte)
 - 3.8. Biodiversität in privaten Gärten